

anderen Werktätigen. Der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert verhängte den Ausnahmezustand und übergab dem General von Seeckt und der Reichswehrgeneralität die vollziehende Gewalt in Deutschland. Die Aufhebung der in der Verfassung verankerten bürgerlich-demokratischen Rechte zeugte von der Schwäche der herrschenden Klasse und von ihrer Unfähigkeit, mit den bisher angewandten Mitteln weiter ihre Macht zu behaupten.

Ausdruck der Schwäche und Zerfahrenheit im Lager der herrschenden Klasse waren auch das offene Hervortreten der separatistischen Kräfte im Rhein- und Ruhrgebiet und die Aktivierung der monarchistisch-faschistischen Elemente in verschiedenen Teilen Deutschlands, vor allem in Bayern. Extrem reaktionäre Kreise des deutschen und des ausländischen Finanzkapitals förderten die faschistische Hitlerbewegung, die im Herbst 1923 ihren Hauptstützpunkt in München hatte und eine wilde revanchistische, antikommunistische und antidemokratische Hetze betrieb.

Gleichzeitig nahm die ungeheure Verelendung breiter Teile der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen infolge der Inflation im Herbst 1923 rasch zu. Immer stärker setzte sich in großen Teilen des Proletariats, der werktätigen Bauernschaft und der Mittelschichten die Erkenntnis durch, daß nur durch den Sturz der bestehenden Macht ihre Lebensinteressen gesichert werden können. Die klassenbewußten Arbeiter forderten die Bewaffnung des Proletariats. Die KPD bereitete den bewaffneten Aufstand vor. Der von der Parteiführung eingesetzte militärische Rat organisierte die Bewaffnung der Proletarischen Hundertschaften.

In dieser Situation mußte die KPD die Arbeiterklasse, die werktätigen Bauern und die übrigen werktätigen Schichten für den gemeinsamen Kampf gewinnen und zum Aufstand für den Sturz der Regierung Stresemann, für eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung, eine Koalitionsregierung aus Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen demokratischen Kräften, führen.

Günstige Voraussetzungen für den siegreichen Kampf der Arbeiterklasse in ganz Deutschland konnte die Anfang Oktober unter dem Druck der Massen erfolgte Bildung von Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen, das heißt einer Koalition linker Sozialdemokraten mit Kommunisten, schaffen. Diese Regierungen mußten als wirklich demokratische Machtorgane handeln, also die Massen bewaffnen und konsequent den Kampf gegen die konterrevolutionären Kräfte führen. Doch wurden die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen ihrer historischen Verantwortung nicht gerecht. Die in der Regierung tätigen Kommunisten verhielten sich - entsprechend der opportunistischen Politik der Gruppe Brandler-Thalheimer - wie gewöhnliche par-